

Hessische Niedersächsische
Allgemeine
HNA

Donnerstag, 16. April 2009

„Ausländer sollen wählen“

MdL Ulrike Gottschalck
unterstützt Kampagne

KREIS KASSEL. Auch Zuwanderer aus Ländern außerhalb der EU, die dauerhaft in Deutschland leben, sollten die Kommunalparlamente mitwählen dürfen. Diese Forderung hat die SPD-Landtagsabgeordnete Ulrike Gottschalck (Niestetal) erhoben. Sie stellte sich damit hinter die Kampagne „Demokratie braucht jede Stimme“ der Ausländerbeiräte von Hessen und Rheinland-Pfalz.

„Wer dauerhaft und rechtmäßig in unserer Mitte lebt und viele staatsbürgerliche Pflichten erfüllt, sollte auch das Recht zur politischen Mitsprache haben“, argumentierte Gottschalck. Bisher haben nur Bürger aus EU-Staaten das kommunale Wahlrecht.

Gottschalck bezeichnete den Einsatz für das kommunale Ausländerwahlrecht als einen Prüfstein dafür, wie ernst die schwarz-gelbe Koalition in Wiesbaden die Integration dieser Menschen nehme. Sie erinnerte die FDP an ihre Forderung aus dem Jahr 1997, Ausländern, die über fünf Jahre rechtmäßig in Deutschland leben, das aktive und passive Wahlrecht in der Gemeinde einzuräumen. (tom)